

Afghanistan, der Krieg geht weiter

Von Martin Baraki*

Afghanistan, ein Land nach dem Krieg? Glaubt man dem Zweckoptimismus den US-Armeesprecher General Bryan Hiltferty am 11. März dieses Jahres verbreitete, wäre die Schlacht vorbei und der Kampf gegen Taleban und Al Qaida erfolgreich abgeschlossen. Vor Beginn der „Operation Anaconda“ hieß es im Pentagon, es handele sich um eine Schlacht gegen die „letzte große Konzentration“ von Ben Ladens Kämpfern. Nach zweiwöchigen Kämpfen um Schahikot in der Provinz Paktika Anfang März, an denen 2500 US-amerikanische, europäische und afghanische Soldaten beteiligt waren, gab das Pentagon offiziell bekannt, dass von geschätzten über 1000 gegnerischen Kämpfern bis zu 800 getötet worden seien. US-Offiziere, die dabei waren, gaben demgegenüber zu, dass sie im Gelände nur dreißig und in den Höhlen weniger als zwanzig Leichen gefunden hätten. Sicher ist wieder einmal nur, dass zahlreiche Zivilisten dabei umkamen. Bereits am 19. März räumte General Franklin Hagenbeck, der Kommandeur der US-Bodentruppen in Afghanistan ein, dass weitere Operationen unmittelbar bevorstünden. Vier Wochen nach „Anaconda“ war eine neue Großoffensive gestartet worden. Tatsächlich befinden sich Einheiten von Taleban und Al Qaida im Osten und Süden Afghanistans unter anderem an der Grenze zu Pakistan. In den Provinzen Orusgun, Paktia, Paktika, Wardak und Ghasni sind ihre Kampfeinheiten voll einsatzbereit. Sie hatten sich schon längst reorganisiert und seit Frühlingsbeginn einen Partisanenkampf aufgenommen.¹

Ende März verlegten die USA zur Vorbereitung weiterer Angriffe, die sehr wendigen und tief fliegenden Erdkampfflugzeuge zur Unterstützung der Bodentruppen zum Militärflughafen Bagram, nördlich von Kabul und etwa 1700 britische Gebirgsjäger wurden dort stationiert. Von einer Beendigung des Krieges können also nur hoffnungslose Optimisten ausgehen. Wesentlich realistischer dürfte da die Einschätzung von US-Verteidigungsminister Rumsfeld sein, dass amerikanische Truppen längerfristig in Afghanistan stationiert bleiben.² Und schon am 2. Mai startete eine weitere Offensive amerikanischer, britischer und afghanischer Einheiten im Südosten Afghanistans, diesmal unter der Bezeichnung „Snipe“. Fazit: nicht der Krieg ist beendet, es ändern sich nur die Namen der Militäroperationen.

¹ Vgl. FAZ, 19.3.02.

² Vgl. NZZ, 9.4.02.

Auch das Gerangel um Macht und Einfluss zwischen den afghanischen Warlords geht unvermindert weiter und um Sicherheit und Stabilität im Lande ist es deshalb schlecht bestellt. Am 14. Februar 2002 wurde vor den Augen der internationalen "Schutztruppe" der Verkehrs- und Tourismusminister Abdul Rahman ermordet. Interimspremier Karsai kündigte zwar eine harte Bestrafung der Schuldigen an, aber da es sich möglicherweise um eine Abrechnung zwischen rivalisierenden Gruppen innerhalb der Nordallianz gehandelt haben könnte, ist bisher alles im Sande verlaufen. Am 8. April wurde dann auf den zwischenzeitlich zum Marschall beförderten Verteidigungsminister Mohammad Qasem Fahim in Djalal Abad ein Attentat verübt, das zwar fehlschlug aber fünf Menschen das Leben kostete. Anfang März hatten sich Einheiten von General Dostum und Kommandeur Atta Mohammad, beide gehören der Nordallianz an, im Bezirk Scholgara südlich von Masare Scharif um die Besetzung dieses wichtigen strategischen Bezirkes bekämpft. Noch in der ersten Maiwoche lieferten sich wieder nahe Masare Scharif weitere rivalisierende Kriegsherren tagelang Gefechte. Im Westen an der iranischen Grenze streiten sich konkurrierende Milizführer mit dem Gouverneur der Provinz Nimros um die Kontrolle der Handelswege sowohl für Waren, die aus dem Iran nach Afghanistan geschmuggelt werden, als auch für Rauschgift, das aus dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet in den Iran bzw. über iranisches Territorium nach Europa geliefert wird. Dies könnte zu einem kaum lösbaren Konflikt für die Regierung Karsai werden, weil dahinter nicht nur die Drogenmafia, sondern auch eine inzwischen sich herausgebildete Transportmafia steckt. Wegen des kürzlich ergangenen Verbots weiter Mohn anzubauen, kam es in der südlichen Provinz Helmand zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit betroffenen Bauern. Auch der Ex-Monarch Mohammad Saher, der am 18. April aus seinem italienischen Exil nach Kabul zurückgekehrt ist, kann sich nicht eigentlich sicher fühlen. Er hat für alle Fälle seine 50 Carabinieri aus Rom mit nach Kabul gebracht, der eigens zu seinem Schutz abgestellten afghanischen Sicherheitstruppe traut man offensichtlich nicht so recht über den Weg und von einem möglichen Attentat auf Seine Majestät war auch schon die Rede. Selbst Hamid Karsai fühlt sich offensichtlich nicht wohl im eigenen Land. Während seiner kurzen Amtszeit ist er schon in dreizehn verschiedene Länder gereist, in Afghanistan hält er sich verständlicherweise nur ungern fern von Kabul auf, denn „außerhalb Kabuls sind die Warlords die wahren Herrscher“.³ Einmal besuchte er die Stadt Herat, dann das Grab von Ahmad Schah Masud in Pandjscher und auf der Trauerfeier seines ursprünglichen

³ TAZ, 15.3.02.

Konkurrenten Abdul Haq in Djalal Abad war er auch anwesend. Daraufhin sah sich der EU-Koordinator für Afghanistan, K.-P. Klaiber zu einem Machtwort veranlasst: „Karsai möge sich lieber auf die Arbeit im Lande konzentrieren, statt in der Welt herumzureisen.“⁴ Ob Kleiber möglicherweise nicht bekannt ist, dass Karsai im Lande nicht all zuviel zu sagen hat, wie folgende Beispiele illustrieren? Der im Januar von ihm zum Gouverneur von Paktia ernannte einflussreiche Paschtune Patscha Khan Zadran war beim örtlichen Clanführer Saifullah auf Widerstand gestoßen und griff die 100 Kilometer südlich von Kabul liegende Stadt Gardes stundenlang mit Raketen an, wobei mindestens 40 Menschen getötet wurden. Als Karsai Zadran daraufhin kurzerhand durch Tadj Mohammad Wardak ersetzte, weigerte er sich, den neuen Gouverneur zu akzeptieren und erklärte diesem den Krieg, der immer noch andauert. Auch auf den Sicherheitschef von Khost wurde schon ein Anschlag verübt. Der Londoner „Observer“ hat Mitte April die Zwischenfälle einer einzigen Woche auf sechs beziffert, darunter das Attentat auf Fahim, ein Raketenanschlag gegen die „Schutztruppe“, die Ermordung eines UN-Mitarbeiters im Norden Afghanistans, ein Überfall auf afghanische Soldaten im Süden und eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen zwei Warlords der Interims-Regierung. Im übrigen war die internationale „Schutztruppe“ bereits des Öfteren Ziel von Raketenangriffen gewesen. Als der US-amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld Ende April Kabul besuchte, schlug unmittelbar vor seiner Ankunft auf dem Kabuler Flughafen eine Rakete ein. Potentiell gefährdet war sogar Gerhard Schröder nach einem Blitzbesuch in Kabul als die Kanzlermaschine am 10. Mai möglicherweise kurzfristig ins Visier feindlicher Raketenstellungen geriet.

Da Premier Karsai nicht Herr der Lage ist, sucht er sein Heil bei den Mullahs, denen er trotz ihrer Zusammenarbeit mit dem Taleban-Regime Straffreiheit verspricht und fordert gleichzeitig die Ausweitung der internationalen „Schutztruppe“ auf ganz Afghanistan. Wie die Erfahrung zeigt, kann dieser Schuss ins Auge gehen. Auch dem ägyptischen Präsidenten Anwar Al Sadat und Pakistans Militärmachthaber General Zia Ulhaq wurde der Versuch den „islamistischen Tiger“ zu reiten, zum Verhängnis. Dass dies auch für Karsai gefährlich werden könnte, dafür sprechen zusätzlich die Kampfansagen von Gulbudin Hekmatjar und Esmael Khan an seine Adresse. Der „berühmte Islamistenführer“ Hekmatjar hat Anfang März sein Teheraner Exil Richtung Afghanistan verlassen. Die Regierung Karsai bezeichnete er als „kommunistisch“, als „illegal“

⁴ FR, 12.3.02.

und als „Marionette der USA“, die es zu beseitigen gelte.⁵ Beim Anfang April aufgedeckten angeblich oder tatsächlich geplanten Umsturzversuch gegen die Interimsregierung gelten er und seine Gruppe als Urheber. Unabhängig davon ob dies zutrifft, hier wird deutlich, Afghanistan ist ein Vulkan, der unkalkulierbare Risiken birgt. Auch der CIA schätzt die Gefährdung durch Hekmatjar offenbar als hoch ein und griff ihn um den 10. Mai in der Nähe der Hauptstadt mit einer Rakete an, die jedoch ihr Ziel verfehlte.⁶

Der Ultra-Islamist und Führer der „Islamischen Allianz“ Abdul Rasul Sayaf, ein erklärter Gegner der internationalen „Schutztruppe“ kommentierte die Ankunft des Ex-Königs mit den Worten: „Was will der alte Mann hier?“⁷ Des weiteren kritisierte der Gouverneur von Herat Esmael Khan, dessen Sohn Arbeitsminister ist, die Zusammensetzung des Kabinetts und auch er machte seine Unzufriedenheit deutlich. Sogar bei Karsais Amtseinführung erschien er demonstrativ mit einer Stunde Verspätung. Während selbst der Antimonarchist Raschid Dostum zur Begrüßung Saher Schahs auf dem Kabuler Flughafen mit einem Blumenstrauß erschien, blieb Esmael einfach fern. Die US-Amerikaner warnte er unmissverständlich vor einer längeren Präsenz im Lande: „Afghanen sind sehr empfindlich, wenn es um die Anwesenheit fremder Mächte geht.“⁸ Eine deutliche Warnung auch an die Adresse Karsais. Es ist nicht auszuschließen, dass die Gruppierungen Hekmatjars, Sayafs und Esmael Khans zum Sammelbecken der Opposition gegen die USA und Karsai werden könnten. Karsai sitzt zwischen allen Stühlen. Ohne Rückendeckung der USA steht er nackt da, wie der Kaiser aus dem bekannten Märchen. Aber mit ihnen provoziert er einen Konflikt mit den anderen ambitionierten Kriegsfürsten und den Geistlichen. Ob ihm der Spagat, alle diese Geister in der Flasche zu halten, gelingt, wird erst die Zukunft zeigen.

Doch auch innerhalb der Interimsregierung steht er allein da. Ein Affront gegen den Paschtunen Karsai bedeutet es, dass nicht er sondern der tadschikische Verteidigungsminister Fahim eigenmächtig 38 Offiziere zu Generälen ernannte, von denen kein einziger Paschtune, nur einer Usbeke und alle andere Tadschiken sind.⁹ Eine Demonstration der wahren Machtverhältnisse, die jeden Kommentar überflüssig macht.

⁵ Vgl. SZ, 5.4.02.

⁶ Vgl. FAZ, 11.5.02.

⁷ Der Spiegel, 17/02, S. 149.

⁸ Der Spiegel, 19/02, S. 170.

⁹ Vgl. Die Welt, 5.3.02.

Seit Monaten wird die Loja Djerga vorbereitet. Kommissionsmitglieder, handverlesene, regierungsfreundliche Personen reisen durch das Land, um in den rund 350 Bezirken Wahlmänner wählen zu lassen, wenn es geht und wenn nicht, sie zu ernennen. Dass diese Emissäre nicht von allen geliebt werden, besonders nicht von den mächtigen Stammes- und Kriegsfürsten, zeigt die Ermordung von sieben Männern in der Provinz Kunar im Nordosten Afghanistans Ende Februar, nachdem sie sich mit Mitgliedern der Kommission getroffen hatten. Die mächtigsten Stammes- und Kriegsführer wollen um jeden Preis in die Loja Djerga, wer es wagt, sie daran zu hindern, wird eliminiert. Wäre die Kommission in der Lage, die aufgestellten Kriterien zur Wahl der Vertreter durchzusetzen, fast alle einflussreichen Männer Afghanistans müßten ausgeschlossen werden. Denn eigentlich dürften nur Männer gewählt werden, die keine Verbindung zu terroristischen Organisationen hatten, nicht am Rauschgifthandel, an der Ausplünderung Afghanistans, an Kriegsverbrechen oder an Korruption beteiligt waren. Außerdem dürfen sie im Wahlkampf weder Gewalt noch Bestechung eingesetzt haben. Obwohl dieser offiziell erst am 13. April beginnen sollte, wird faktisch schon seit Monaten um Mandate gekämpft und nicht nur mit friedlichen Mitteln. „Alle Warlords, alle Parteien verteilen in den Provinzen eifrig Geld und Waffen, um ihre Leute in die Loya Jirga zu bringen“¹⁰, verkündete offen der Stellvertreter des Kommissionsleiters Hoquqmal.

Von einem Wiederaufbau Afghanistans, wofür auf dem Petersberg eigens ein Ministerium geschaffen worden war, wird nur geredet. Die auf der Geberkonferenz vom 21. Januar in Tokio etwa fünf Mrd. \$ zugesagte Hilfe liegen auf Eis. Nur die „wichtigsten“ Ministerien haben Gelder erhalten. Frauenministerin Samar verfügte lange Zeit weder über Personal noch über ein Büro, sie erledigte ihre Arbeit in ihrem Hotelzimmer. Ein eigenes Budget hat sie immer noch nicht. Nur durch Spenden der NGO kann sie sich über Wasser halten. Da weder sie noch ihre Arbeit ernstgenommen werden, hat sie ihre Illusionen längst verloren und ist drauf und dran, das Handtuch zu werfen. Formal haben ihre Geschlechtsgenossinnen jetzt die Möglichkeit erhalten zur Schule bzw. zur Arbeit zu gehen, aber die meisten Mädchen und Frauen haben diese Chance nicht. Verzweifelte Stimmen taten es kund: „Wir haben jetzt die Freiheit zu betteln“¹¹. Letzten Dezember waren vor ausländischen Kameras medienwirksam Buqrahs abgelegt worden. In

¹⁰ FR, 9.4.02.

¹¹ SZ, 21.3.02; vgl. FAZ., 203.02.

Wahrheit trauen sich die Frauen ohne nicht aus dem Haus, und deswegen hieß es später „die Burka prägt das Straßenbild Kabuls“.¹²

Für die Zurückhaltung der Geberländer sind zwei Faktoren maßgeblich. Zum einen wartet man ab, was nach der Loja Djerga kommt und zum anderen sind die Afghanen rein personell noch nicht in der Lage, eine glaubwürdige Wiederaufbaukonzeption vorzulegen. Ob in Washington, Moskau oder Berlin, Karsai forderte die im Exil lebenden afghanischen Fachkräfte auf, bald in ihre Heimat zurückzukehren. Mitte März organisierte die Friedrich-Ebert-Stiftung ein vom Auswärtigen Amt finanziertes Zusammentreffen Karsais mit hiesigen Afghanen in Berlin. Auf die Frage, ob die Sicherheit der Rückkehrer gewährleistet sei, entgegnete er, Afghanistan müsse mit „unserem Blut“ aufgebaut werden. Von mehreren hundert zurückgekehrten Fachkräften sind mittlerweile 150 spurlos verschwunden. Nicht gerade ermutigend für jene Afghanen, die überlegen in die Heimat zurückzugehen.

Trotz internationaler Hilfe ist die Karsai-Administration weder in der Lage, die Bevölkerung mit den nötigsten Lebensmitteln zu versorgen noch steht ausreichend Wohnraum zur Verfügung. Nach Angaben der UN sind etwa 40 Prozent der Bevölkerung von Hunger bedroht,¹³ und für Afghanen sind, die wegen massiver Präsenz verschiedenster internationaler Organisationen horrenden Mieten in Kabul unbezahlbar geworden. Längst bittet Karsai die Regierungen Irans und Pakistans darum, die afghanischen Flüchtlinge nicht auszuweisen und fordert diese auf, noch nicht nach Afghanistan zu kommen. Wollte man das Land langfristig befrieden, ginge es tatsächlich um die afghanische Bevölkerung und nicht um die geostrategische Lage in und um Afghanistan, dann müsste sofort ein Generalplan für den Wiederaufbau in Angriff genommen werden. Dabei steht außer Frage, dass mit diesem zerstörten Land Afghanistan Megageschäfte gemacht werden können.

Erschienen in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Jg. 47, 2002, H. 6, S. 655-659.

***[Dr. Matin Baraki](#) lehrt internationale Politik an den Universitäten Marburg und Kassel.**

¹² NZZ, 19.2.02.

¹³ Vgl. FR, 3.5.02.